

# Das rot-grüne Bündnis soll in Aachen nicht nur ein Zwischenspiel bleiben

Die Geister scheiden sich am Autoverkehr / „Außergewöhnliche Sozialpolitik“ und städtische Verschuldung / Von Albert Schäffer

AACHEN, 5. Oktober. Auf den Straßen und Plätzen der Stadt Aachen ist auf großformatigen Plakaten unter dem Signet der SPD ein leicht ergrauter Mittvierziger zu sehen. Ein sympathisch wirkender Mann, wie man sich ihn als Nachbarn, als Lehrer der Kinder, als Leiter einer Bankfiliale wünscht. Der Blick will schon abschweifen, wäre da nicht ein irritierendes Detail: der Kandidat trägt keinen Vollbart, sondern einen Oberlippenbart. Und er wirbt auch nicht für eine Mehrheit im Bundestag, sondern im Stadtrat. Am 16. Oktober finden in Nordrhein-Westfalen Bundestags- und Kommunalwahlen statt – und die Aachener SPD hat für diesen doppelten Wahlkampf eine klare Marschrouten gewählt: Sie setzt auf Jürgen Linden, Jürgen Linden und nochmals Jürgen Linden.

Mit ihm als Oberbürgermeister wollen sich die Sozialdemokraten auf Dauer als führende politische Kraft in einer Stadt etablieren, die einst eine Bastion der CDU gewesen ist. Das rot-grüne Bündnis, das Linden vor fünf Jahren zum ersten Mal an die Stadtspitze gewählt hat, soll in die städtischen Annalen nicht als ein bloßes Zwischenspiel eingehen. Bis zum Oktober 1989 hatte die CDU die Stadt mit absoluter Mehrheit regiert; ihre Macht schien auf einem soliden Fundament aus Bürgertum und wirtschaftlicher Prosperität zu ruhen. Die Mehrheit für SPD und Bündnis 90/Die Grünen bei der vergangenen Kommunalwahl war ein Erdbeben, das über die Grenzen der Bischofsstadt hinaus spürbar war: Es zeigte sich, wie weit die Erosion der Machtbasis der CDU in Nordrhein-Westfalen fortgeschritten war. Und aus diesem Grund wird in den Parteizentralen auch der jetzige Kommunalwahlkampf in Aachen besonders aufmerksam verfolgt.

Zumal die CDU in die Auseinandersetzung mit dem Hinweis zieht, sich personell und inhaltlich erneuert zu haben – ein Anspruch, den auch die Landes-CDU erhebt. „Die Zeit in der Opposition hat meiner Partei gutgetan“, sagt der Spitzenkandidat der CDU, Ulrich Daldrup. Der 47 Jahre alte promovierte Chemiker hatte es bis zum Gesellschafter eines Beratungsunternehmens gebracht, bevor es ihn in die Kommunalpolitik zog; erst seit vergangener Jahr ist er Kreisvorsitzender seiner Partei in Aachen. Die CDU sei 1989 die

dem habe man schwere Fehler begangen. Doch die Partei habe ihre Lektion gelernt, nicht nur durch die Förderung junger Leute; vierzig Prozent der Mitglieder des Kreisvorstands seien Frauen.

Daldrup fällt im Kommunalwahlkampf die Rolle des Herausforderers zu – eine Rolle, die in einem gewissen Widerspruch zur nordrhein-westfälischen Kommunalverfassung steht. Denn eine Direktwahl der Bürgermeister ist erst ab dem Jahre 1999 möglich; bis zu diesem Zeitpunkt können die Gemeinden die „Doppelspitze“ aus ehrenamtlichem Bürgermeister und einem Stadtdirektor als Leiter der Verwaltung beibehalten – eine Besonderheit, die auf die britische Besatzungszeit zurückgeht. Doch schon die vergangenen Kommunalwahlkämpfe sind meist auf die Spitzenkandidaten der Parteien konzentriert gewesen. Und sowohl Daldrup als auch Linden streben an, hauptamtlicher Oberbürgermeister zu werden, wenn Aachens Oberstadtdirektor im nächsten Jahr aus dem Amt scheidet.

In der Konfrontation der Spitzenkandidaten der beiden großen Parteien müht sich der Sozialdemokrat Linden, einen Bonus aus seiner Amtszeit zu ziehen. Der 47 Jahre alte Jurist präsentiert sich als Mann der Mitte ohne große ideologische Ecken und Kanten. Linden beherrscht die Kunst, die Tugenden Aachens und seiner etwa 250 000 Einwohner zu preisen; ebenso virtuos wie sein CDU-Vorgänger, sagen böse Zungen. Die SPD setzt darauf, daß die Popularität Lindens die Wähler einen anderen bekannten Aachener Sozialdemokraten vergessen läßt: den ehemaligen Europa-Abgeordneten Dieter Schinzel. Schinzel war im Mai in Aschaffenburg zusammen mit weiteren Personen festgenommen worden; in einem Auto stellte die Polizei gefälschte Schweizer Banknoten in einem Nennwert von mehreren Millionen Franken sicher. Die Staatsanwaltschaft hat gegen Schinzel Anklage wegen versuchter Hehlerei erhoben.

In der SPD wird ein Teil des Debakels, das die Partei bei der Europawahl in Aachen erlitten hat – sie erzielte magere 29,5 Prozent der Stimmen –, auf die Vorwürfe gegen Schinzel zurückgeführt. Er ist lange Jahre der maßgebliche Sozialdemokrat in der Stadt gewesen. Schinzel, der in

tiert, wie „der Dieter“ auf Reisen in fernen Ländern zum Telefon eilte, um Order für die Stadtpolitik zu erteilen. Private finanzielle Schwierigkeiten hatten den Einfluß Schinzels in der SPD schon vor seiner Festnahme geschmälert; als Kandidat für die Europawahl war er nicht mehr aufgestellt worden. Öffentlich wird die „Affäre Schinzel“ im Aachener Kommunalwahlkampf nicht zur Sprache gebracht; diese Art von schmutziger Wäsche wolle man nicht waschen, heißt es bei allen Parteien.

Die Auseinandersetzung beherrscht statt dessen ein Thema, das auch in anderen Kommunen an erster Stelle steht: der Verkehr. Das rot-grüne Bündnis hat auf diesem Feld einen Kurs eingeschlagen, an dem sich die Geister scheiden. So kann an Samstagen die Aachener Innenstadt nicht mehr von Privatfahrzeugen angefahren werden; an „Zufahrtsschleusen“ wird überwacht, daß sich niemand über dieses Verbot hinwegsetzt. Der Streit über diese Maßnahme beginnt mit der Wortwahl: Während SPD und Grüne die „fußgängerfreundliche Innenstadt“ loben, geißeln CDU und FDP die „Sperrung“ der Innenstadt. Auch über die Auswirkungen gehen die Aussagen auseinander. Klagen von Einzelhändlern über Umsatzeinbußen wird entgegengehalten, insgesamt habe die Innenstadt an Anziehungskraft gewonnen.

Im Kern geht es in Aachen um die Frage, welche Strategie in der Verkehrsplanung angemessen ist. SPD und Grüne setzen auf sanften Zwang, zu dem auch der Rückbau von Straßen, die Anlage von Bus- und Fahrradspuren zu Lasten des Autos und ein Verzicht auf „grüne Wellen“ bei der Ampelschaltung gehören. Auch die CDU tritt für eine „Verringerung von motorisiertem Individualverkehr“ ein; der Wechsel vom Auto auf öffentliche Verkehrsmittel soll mehr durch attraktive Angebote bei Bus und Bahn als durch Restriktionen bewirkt werden. SPD und Grüne pflegten ein Feindbild „des bösen Autofahrers“, sagt CDU-Kandidat Daldrup – und verspricht, im Falle eines Wahlsieges die samstäglige Verkehrsbeschränkung aufzuheben. „Aachen ist wieder offen“ – mit dieser Botschaft will er einen neuen Anfang für die Stadt setzen.

Auch Optimisten in den Reihen der

zur Verfügung steht. Für die FDP ist Aachen ein steiniger Acker; 1989 übersprang sie knapp die Fünf-Prozent-Hürde, nachdem sie zwei Wahlperioden nicht im Rat vertreten war. Der starke Mittelstand der Stadt, die Ansiedlung neuer Gewerbebetriebe, die Hochschule – all das sollte ein guter Resonanzboden für die Freien Demokraten sein. Doch den FDP-Kommunalpolitikern fällt es schwer, mit ihrer Stimme durchzudringen; die Konzentration des Wahlkampfes auf die Spitzenkandidaten der beiden großen Parteien trifft sie unter den kleinen Parteien am härtesten.

Denn Bündnis 90/Die Grünen kann in Aachen auf eine feste Klientel bauen, nicht nur unter den 50 000 Studenten; bei der Europawahl errangen die Grünen 16,5 Prozent der Stimmen in der Stadt. Sie haben es verstanden, das Image des Bürgerschrecks abzustreifen; ihre Spitzenkandidatin Margret Ortstein kann über das Klischee der Grünen-Politikerin mit „Wallerock und Sandalen“ nur lächeln. Im Bündnis mit der SPD haben die Grünen häufig den aktiveren Teil übernommen und sich in vielem durchgesetzt. Nicht nur in der Verkehrspolitik ist ihre Handschrift zu erkennen; Frau Ortstein hebt auch die „außergewöhnliche Sozialpolitik“ Aachens hervor. Die Stadt bringt Asylbewerber nicht in Sammellagern unter, sondern hat für diesen Zweck privaten Wohnraum gemietet und zudem sechzehn Einfamilienhäuser gebaut. Eine solche Politik hat ihren Preis: Nach Berechnungen der Opposition hat sich die Verschuldung Aachens in den vergangenen fünf Jahren von 770 Millionen auf 1,3 Milliarden Mark erhöht.

In Aachen wird wie in vielen anderen nordrhein-westfälischen Kommunen eifrig spekuliert, wie es sich auswirken wird, daß die Kommunalwahl auf den Tag der Bundestagswahl gelegt worden ist. Die CDU hofft, daß das Ansehen von Bundeskanzler Kohl auch auf die Kommunalwahl durchschlägt und plakatiert entsprechend. Die Wahlbeteiligung wird in jedem Fall deutlich höher sein als bei vorangegangenen Kommunalwahlen. Doch wie viele Aachener dazu neigen werden, am 16. Oktober auf allen Stimmzetteln dieselbe Partei anzukreuzen, ist ungewiß. Daß die Alternative nicht Kohl oder Linden heißt,